

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins chrstl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrestellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Vorkosten, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1062, 2003, 3194.

Sozialrentner und Nationalsozialisten Arm in Arm

Einige Bemerkungen.

Es ist jetzt in gewissen Kreisen Mode geworden, in allen Tonarten auf die Reichsregierung, besonders aber auf den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu schimpfen. Alle die Leute schimpfen, die glauben, das Reich sei ein unerträgliches Heu- und Strohhaus, und der Reichsarbeitsminister habe nur die eine Aufgabe zu erfüllen, möglichst fette Brocken an alle möglichen Menschen zu verteilen. In der Zeit, als unser Vaterland sich unter der schlimmen Inflation wand, als die Arbeiter und Rentnempfänger im Reich die Not litten wie noch nie, hat sich hier niemand gemeldet, der gesagt hätte, wir müssen auch teilnehmen an der Not unserer deutschen Brüder. Als die Not aber bei uns in größerem Ausmaße einzog, da haben sich deutsche Körperschaften und Kreise bereitgefunden, hier zu helfen. Schon oft sind die Hilfsmassnahmen aufgezählt worden, die auf Vorkostigkeit der Gewerkschaften von deutschen Körperschaften und Kreisen durchgeführt wurden. Die Sozialversicherung des Saargebietes steht vor der Sanierung mit deutscher Hilfe, dank des Eintretens der Gewerkschaften, — und doch ein wüster Kampf gegen die Reichsregierung und den Reichsarbeitsminister! Wir sind da verpflichtet, einen Warnungsruf zu erlassen. Wenn die Sozialversicherung des Saargebietes in Ordnung kommt, dann ist das doch hauptsächlich dem Umstande zu danken, daß im Reich ein Arbeitsminister Dr. Brauns, der unsere Räte aus langer Erfahrung kennt, und ein Ministerialdirektor Grieser, unsere Anwälte sind. Wer auf sie einschlägt, wer sie verkehrt, der schädigt nur die Sache der Arbeiterschaft und der Sozialrentner des Saargebietes.

An der Spitze der Wüter gegen die Reichsregierung und Arbeitsminister Dr. Brauns marschiert natürlich Herr Fried mit seinem Anhang. Seine neueste Leistung ist in dem Organ „Wirtschaft und Leben“ der Nationalsozialisten zu finden, in Gestalt eines „Offenen Briefes“ an die Reichstagsfraktionen. Dieser „Offene Brief“, der nur so von Anschuldigungen gegen den Reichsarbeitsminister strotzt, ist von einem sonderbaren Geplänkel unterschrieben:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Neunkirchen, gez. Fritz Hauch.

Bereinigung der Sozial-Rentenempfänger des Saargebietes, gez. Otto Fried.

Diese beiden „Bereinigungen“, die keine aktiven Arbeiter zählen, haben an die Parteien in dem „Offenen Briefe“ folgende Forderung gerichtet:

„Die Parteien des Reichstages mögen dafür Sorge tragen, daß auf Grund des Artikels 34 der Reichsverfassung ein Untersuchungsanspruch eingeleitet wird, der festzustellen hat, ob und von wem seitens welcher Reichsminister schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz in Bezug auf die Sozialversicherung verletzt worden ist und nötigenfalls die Schuldigen auf Grund des Artikels 59 vor dem Staatsgerichtshof anzulagen.“

Wenn die Sache der Arbeiterschaft und der Sozialrentner des Saargebietes im Reich einer schlimmen Lächerlichkeit preisgegeben werden soll, dann braucht nur geduldet und ermöglicht zu werden, daß Vereinigungen, wie die beiden genannten, noch weitere solchen Unfug anstellen können.

Als das Reich ohnmächtig am Boden lag, hat da nicht die Regierungskommission unter Führung von Staatsrat Kautz die Sozialversicherung des Saargebietes von der des Reiches abgetrennt? Hat nicht die Regierungskommission die französische Währung hier eingeführt, trotz des einmütigen Protestes der Bevölkerung, wodurch eine zwangsläufige Umstellung der Sozialversicherung des Saargebietes notwendig wurde? Hat nicht die Regierungskommission die Gehehe allein in die Form gegossen, die den großen Abband von der Sozialversicherung des Reiches verschuldet? Hat nicht der französische

Staat seine Hand im Spiele gehabt bei der Schaffung des neuen Knappheitsgesetzes für den Saarbergbau? Soll das Reich nun für alle die Schäden haftbar gemacht werden, die Regierungskommission, französischer Staat und französische Grubenverwaltung verschuldet haben? Es ist sehr traurig, daß Sozialrentner einem Menschen Gelegenheit geben, in dieser Weise ihre Sache in Nichtkredit zu bringen. Wenn sie bei den deutschen Volksvertretern, an die obige Forderung gerichtet ist, um jede Achtung kommen wollen, dann brauchen sie die Fried und Grieser nur so weiter fuhrwerken zu lassen. Es wird doch wohl kein Mensch glauben, daß ein Volksvertreter, der noch ernst genommen sein will, sich mit dieser dummen Forderung befaßt. Sie wird im Papierkorb landen, wohin sie auch gehört.

Es ist nun an der Zeit, daß alle unsere Mitglieder entschieden gegen das Treiben dieser Sorte Menschen Front machen. Alle die Kräfte, die sich um eine Behebung der Notlage der Arbeiterschaft und der So-

zialrentner bemühen, werden verdächtigt und heruntergerissen. Bezeichnenderweise findet sich in dem „Offenen Briefe“ kein Wort der Anklage gegen die Regierungskommission oder Frankreich oder die Bergwerksdirektion, die für die Verhältnisse in der Sozialversicherung des Saargebietes verantwortlich sind. Nur Anklagen gegen die Instanzen, die zu helfen geonnen sind. Muß da einem nicht der Gedanke kommen, es ginge um eine Sabotierung der Sanierungsmassnahmen? Kameraden, wärt die Sozialrentner auf, damit sie sich von Leuten abwenden, die ihrer Sache den aller schlimmsten Dienst erweisen. Wir haben alle Ursache, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns dankbar zu sein. Die Menschen, die ihn verleugern und den Sozialrentnern des Saargebietes als ihren Gegner und Schädiger hinstellen, handeln wider die Wahrheit. Diesen Menschen jede Gefolgschaft zu entziehen, verlangt das wohlverstandene Interesse der Arbeiterschaft und aller Sozialrentner des Saargebietes. In diesem Sinne an die Arbeit!

Ein Notruf der Saarbergleute an den Verwaltungsrat der Saargruben

Der Herbst hat seinen Einzug gehalten. Trübe Regentage sind sein Gefolge. Grau in grau erscheint die Landschaft. Sie scheint sich der Stimmung des arbeitenden Volkes anzupassen. Denn auch sie ist grau und trübe. Not herrscht in den Familien und Leid nagt am Gemüt. Die Herbstwitterung zerstört die Hoffnung auf eine ergiebige und billige Ernte. Das verdüstert die Stimmung noch mehr. Das Einkommen reicht kaum zum Unterhalt des nackten Lebens. Der Herbst aber stellt seine besonderen Ansprüche. Da soll an warme Unter- und Oberkleidung, da soll an die Einkellerung von Gemüse und Kartoffeln gedacht werden. Aber — es fehlt am Geld. Dazu noch steigende Preise. Die böse Witterung erzeugt Fäulnis. Das Ernterergebnis schrumpft zusammen, der Preis für Lebensmittelwendiges dehnt sich aus. Die Börsenberichte geben ein rapides Ansteigen der Preise für Rohbaumwolle bekannt. Der Keil ist also angelegt, der unheilvoll weiter wirkt. Beim Baumwollweid wird das Volk es merken. Und es soll doch notwendige Anschaffungen machen — und kann es nicht. Das Einkommen schrumpft durch die steigende Teuerung noch mehr zusammen. Technisch sagt man, es verliert an Kaufwert. Praktisch bedeutet es: Vermehrung der Not und des Leidens beim arbeitenden Volke.

So ist gegenwärtig die Lage innerhalb der Bergarbeiterschaft der Saargruben.

Sechzehn Feterischichten

trafen sie bisher in wenigen Monaten. Dazu noch Verminderung der Kaufkraft des geltenden Lohnes durch ansteigende Teuerung. An die Beschaffung des Notwendigen kann da nicht gedacht werden. Im Gegenteil, die Verminderung der Kaufkraft des Lohnes zwingt dazu, den Schwachriemen noch enger zu schnallen.

Alles findet aber eine Grenze. Auch die langmütige Geduld der Saarbergleute. Die Bürde, die sie tragen, darf nicht noch mehr beschwert werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß sie eine Entlastung erfahren. Eine Entlastung der Bergleute ist möglich. Der erzielte Leistungseffekt gestattet eine höhere Entlohnung. Die Preissteigerung verpflichtet den Grubenbesitzer zur Lohnerhöhung. Bisher entzog er sich dieser Pflicht. Er verschauzt sich hinter die Abfahrschwierigkeiten, die nicht zu bestehen brauchen. Es muß also laut und eindringlich gefordert werden, daß dem Bergmann mehr Lohn gegeben werden muß.

Aber nicht nur das; dem Saarbergmann muß auch eine Entschädigung für den Lohnverlust durch Feterischichten werden. Diese Entschädigung kann bezahlt werden. Der Grubenbesitzer ist dazu imstande. Und die Bergmannsfamilien benötigen sie dringend. Sie

müssen entlastet werden. Die Kinder schreien nach Schuhwerk und Kleidung. Und Kartoffeln, das Hauptnahrungsmittel, sollen in den Keller. Wie aber das bewerkstelligen, wenn der Lohn kaum zum Allernotwendigsten reicht und von der steigenden Teuerung noch vermindert wird!

Angefaßt dieser Lage haben die Bergarbeiterorganisationen einen

Notruf an den Verwaltungsrat der Saargruben

gerichtet. Er hat seinen Sitz in Paris: Sein Vorsitzender ist Arthur Fontaine, der auch Vorsitzender der Internationalen Arbeitsorganisation ist. Ihm rühmt man soziale Gesinnung nach. Im Verwaltungsrat sitzen auch zwei französische Bergarbeiter. Gesinnungsmäßig sollen sie sozialistisch eingestellt sein. Ihnen ist die trostlose Lage der Saarbergleute bekannt gegeben. Sie sollen nun darüber entscheiden, ob geholfen wird oder nicht. Ist soziale Gesinnung wirklich vorhanden, dann muß die Entscheidung zu Gunsten der Saarbergleute ausfallen, dann muß die beschiedene Forderung erfüllt werden, die in unten stehendem Schreiben zum Ausdruck kommt. Verschließt man sich der hier herrschenden Not, weist man die berechnete und leicht erfüllbare Forderung ab, dann wird erneut der Beweis erbracht für das, was die „Lothringers Volkszeitung“ anklagend hervorhob:

Neben die Ausbeutung der Gruben ist die Ausbeutung der Menschen getreten.

Möge man den Ernst der Stunde erkennen und richtig zu handeln verstehen. Durch Zeitungsverhote und Ausweisungen schafft man den Radikalismus nicht aus der Welt. Knurrende Magen und nothgedrückte Haushalte zeugen den Radikalismus. Wenn man ihn also praktisch und mit Erfolg bekämpfen will, dann so viel an Lohn gegeben, daß die Not schwindet, und so viel an Entschädigung für die Feterischichten, daß die notwendigen Anschaffungen vorgenommen werden können. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und die Möglichkeit, den Weg zur Erleichterung der Saarbergleute zu geben, ist gegeben. Möge man ihn beschreiten, damit der Beweis erbracht wird, daß man die Ausbeutung der Menschen nicht will.

Die Eingabe an den Verwaltungsrat der Saargruben

Saarbrücken, den 12. September 1927.

Die unterzeichneten Organisationen der Bergarbeiterschaft der Saargruben gestatten sich, den Verwaltungsrat der Saargruben nochmals auf die wiederholt aufgestellten Forderungen der Saarbergleute

„Entschädigung für die Feierschichten“

aufmerksam zu machen. Das Jahr 1927 ist ein wirklich schweres Jahr für die Bergleute. Zunächst wurde der schon längere Lohn um ca. acht Prozent abgebaut. Für die Deputatlohn, die bis zum Lohnabbau mit Fr. 2— pro Tonne von der Belegschaft bezahlt wurden, muß jetzt ein voller Hauerdurchschnittslohn bezahlt werden. Dazu fehlen bald Feierschichten ein, obwohl der Verwaltungsrat der Saargruben wie auch die Bergwerksdirektion bei dem Lohnabbau glaubten, diese vermeiden zu können. Zum Schluß wurde dann „rationalisiert“, und viele Leute durch Verlegung, besonders aber durch Ablegung empfindlich geschädigt. Alle diese Maßnahmen haben die Erregung der Saarbergleute bis zum Äußersten gesteigert. Die „entlassenen“ Bergleute fallen der allgemeinen Fürsorge anheim, jene, die in Arbeit stehen, sind durch den Lohnverlust infolge Feierschichten nicht in der Lage, Reuananschaffungen zu machen. Die heutige elende Lage gleicht der der Kriegszeit. Das geringe Einkommen wird für die notwendigsten täglichen Gebrauchsartikel verwendet, ja oft reicht der Lohn nicht einmal aus, und müssen noch Schulden gemacht werden. Krankheit oder Sterbefälle bringen den Bergmann in die mitleidigste Lage. An Beschaffung von Wäsche, Kleider, Haushaltsgegenständen usw. ist nicht zu denken. Der Winter steht vor der Tür. Das notwendige Schuhzeug und die erforderlichen Unterleider müssen angeschafft werden, doch das Geld fehlt, um diese Einkäufe zu besorgen.

Wir ersuchen daher den Verwaltungsrat der Saargruben angesichts der Notlage, in der sich die Bergleute befinden, in seiner nächsten Sitzung zu beschließen, daß den Bergleuten eine besondere Vergütung für die Feierschichten gewährt wird und zwar in der Höhe, daß die Belegschaften in der Lage sind, sich das Notwendigste für den Winter zu beschaffen. Die Saarbergleute haben das Gefühl, als wenn sie allein die Folgen der Wirtschaftslage zu tragen, und die ganze Last der jetzigen Notzeit ihnen allein aufgebürdet würde. Sie vertreten die Ansicht, daß der jetzige Arbeitgeber wohl in der Lage ist, eine besondere Unterstützung zu gewähren. In einem Jahr, in welchem die Saarbergleute soviel Entschädigung durchgemacht haben, darf der Unternehmer nicht an einen Gewinn denken, im Gegenteil, in einer solchen Schreckenszeit ist jeder sozial eingestellte Unternehmer bestrebt, seinen Arbeitern zu helfen. Dieses geschieht nach unserm Dafürhalten am besten, wenn in diesem Jahr nicht nur auf jeden Gewinn verzichtet wird, sondern auch von den früheren Rücklagen Beträge bereit gestellt werden, um die Forderungen der Saarbergleute zu bewilligen. Die Zustimmung der Bergleute hat im Revier bedenkliche Formen angenommen. Die Ursache der Erregung ist die schreckliche Notzeit. Sie zu beseitigen ist Aufgabe des Arbeitgebers.

Die unterzeichneten Organisationen sind zu mündlichen Verhandlungen mit den Verwaltungsratsmitgliedern bereit und würden bei dieser Gelegenheit auch die übrigen Fragen, wie besserer Kohlenabfah, Anfahrermäßigung für Kohle nach Frankreich usw. besprechen. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß der Verwaltungsrat der Saargruben gewillt ist, den Bergleuten zu helfen und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

- Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Christlicher Metallarbeiterverband.
Deutscher Metallarbeiterverband.

Je eine Abschrift der Eingabe wurde dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Lardieu-Paris, und dem Generaldirektor Deslime-Saarbrücken zugestellt.

Antwort des Verwaltungsrates

Vom Büro des Verwaltungsrates in Paris ging bei den Bergarbeiterorganisationen nachstehendes, vom 15. September datiertes Schreiben ein:

„Im Auftrag des seit gestern verreisten Herrn Vorsitzenden des Verwaltungsrates habe ich die Ehre, Ihnen den Empfang des von Ihnen an den Herrn Vorsitzenden gerichteten Schreibens vom 12. September ds. Js. zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß das Schreiben dem Verwaltungsrat der Saargruben in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden wird.“

Der Bürochef: ge3. K o b i n.“

Knappmehr hat der Verwaltungsrat das Wort. Möge er beweisen, daß er gewillt ist, die Notlage der Saarbergleute zu beseitigen.

Knappschafftliches - Sozialversicherung

Mitarbeiten - statt schimpfen

Der Kollege Micheln hatte in einem unter Datum vom 20. August 1926 an die Knappschäftsältesten des Gewerksvereins herausgegebenen Merkblatt im Anhang einige Erfolge gewerkschaftlicher Tätigkeit angeführt, die wegen ihrer Wichtigkeit hier folgen:

Seit dem 1. Juli 1922 wird die Invalidenrente neben der Unfallrente voll ausbezahlt.

Seit dem 1. Oktober 1920 wird die Invalidenrente neben der Knappschäftsrente unverfügt gewährt.

Seit dem 1. Januar 1924 werden Unfallrente und Knappschäftsrenten nebeneinander voll zur Auszahlung gebracht.

Hiermit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die früher übliche Aufrechnung der einen Leistung auf die andere, beseitigt wurde. In unserer schnelllebigen Zeit kann man nämlich sehr oft feststellen, daß selbst bedeutende Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften erzielt worden sind, sehr schnell vergessen werden. Von denen, die nicht im Moment an der Verbesserung persönlich interessiert sind, wird kaum von diesen Erfolgen Notiz genommen.

Es gab eine Zeit, in der von der Invalidenrente nur 2 Mark ausgezahlt, der andere, und zwar der größere Teil auf die Knappschäftsrente aufgerechnet, also nicht ausgezahlt wurde.

Es gab eine lange Zeit, in der ferner die Unfallrente bis zur halben Höhe auf die Knappschäftsrente aufgerechnet wurde. Diese Aufrechnung wurde beseitigt am 1. 1. 1924.

Anschließend hieran halten wir es für zweckmäßig, eine weitere Anzahl von Erfolgen gewerkschaftlicher Tätigkeit hier anzuführen.

Die Familienkrankenhilfe

wurde eingeführt für die aktiven Kassenmitglieder, sie wurde später ausgedehnt auf die Familien der Pensionäre und Witwen.

Bei der letzten Generalversammlung am 18. 12. 26 wurde den Anträgen der organisierten Knappschäftsältesten entsprochen, wonach

das Sterbegeld und die Begräbnishilfe

erhöht wurden. Das Sterbegeld für aktive Kassenmitglieder verblieb beim 30-fachen des Grundlohnes; das Sterbegeld für die Ehefrau wurde vom 15-fachen auf das 20-fache des Grundlohnes erhöht; das Sterbegeld für Kinder vom 7 1/2-fachen auf das 10-fache des Grundlohnes.

Die Begräbnishilfe der Invaliden von 360,— auf 540,— Fr.

Die Begräbnishilfe der Witwen von 180,— auf 360,— Fr.

Die Begräbnishilfe der Kinder von 90,— auf 180,— Fr.

Es wurde ferner einem Antrage der organisierten Knappschäftsältesten wenigstens zum Teil stattgegeben, in dem durch die nachträgliche Annahme der Anerkennungsgeldern bereits erloschene Anwartschaften wieder ausleben. Ferner wurde erreicht, daß solche

Witwenpensionen

revidiert wurden, bei welchen bei der Festlegung der Pension nur 30 bzw. 40 Dienstjahre des verstorbenen Mannes zur Anrechnung kamen.

Die älteren Mitglieder wissen sich noch sehr gut zu erinnern, daß eine ganze Zeit lang 18 bzw. 21,— M. die Höchstpension für die Witwen bedeutete. In diesem Frühjahr wurden nun die über 30 Jahre hinausgehenden Dienstjahre auf Grund des neuen Steigerungsjahres berechnet und die entstehende Mehrpension gewährt.

Die Erhöhung der laufenden Unterstützung

von 24 auf 48 Franken im Jahre 1926 ist ebenfalls nur auf Drängen der organisierten Knappschäftsältesten erfolgt.

Die Knappschäftsältesten sind ohne Zweifel davon überzeugt, daß diese und eine Reihe sonstiger Fortschritte nur möglich waren, weil sie unter Leitung der Organisation standen. Außerdem darf auf die sonstigen Erfolge, besonders auf die

ab 1. August 1926 eingeführte Ausbesserung

hingewiesen werden, die beispielsweise in der Invalidenversicherung, in der Unfallversicherung und in der Wochenhilfe zu verzeichnen sind. Die Invalidenrente wurde um 43,35 Fr. erhöht. Die Unfallrente wurde nennenswert aufgebessert, wenigstens soweit es sich um hochprozentige Erwerbsbeschränkte und um Hinterbliebenenrente handelt. Allerdings ist auf diesem Gebiete noch vieles zu verbessern. Zu demängeln ist da besonders die Verschiedenheit der angewandten Jahresarbeitsverdienste und besonders der Umstand, daß bei den weniger Erwerbsbeschränkten zugleich auch ganz geringe Jahresarbeitsverdienste bei der Rentenberechnung zugrunde gelegt sind.

In der Wochenhilfe wurden die Sätze von 195 Fr. auf 480,50 Fr. erhöht.

Die Gewerkschaften waren unablässig bemüht, auf allen Gebieten der Sozialversicherung eine Erhöhung der Bezüge durchzubringen. Ihr Bestreben, die Sozial-

renten an die des Reichs heranzubringen, ist zwar nicht in vollem Umfang erreicht worden, aus dem Vorgelegten geht jedoch hervor, daß die Bemühungen den Pensionären, Invaliden und Unfallrentnern von Nutzen waren.

Wie oft waren die Organisationsvertreter in Berlin, sowie an den Zentralen in Essen und Bochum, um die Gewährung von Zulagen zu den Pensionen zu erwirken. Die hereingebrachten 2,6 Millionen Reichsmark sind einzig und allein ein Verdienst der Bergarbeiterverbände.

Mit Beharrlichkeit wurde jedonn das Ziel verfolgt,

eine dauernde Gewährung von Zulagen

zur Knappschäftsrente, zur Invaliden- und Unfallrente zu erwirken. Die in Würzburg im September vorigen Jahres begonnenen Verhandlungen gingen den Organisationen viel zu langsam. Wiederholt wurde bei der Regierungskommission sowie auch in Berlin bei dem zuständigen Ministerium reklamiert, bis endlich im Juli ds. Js. die Abschlußverhandlungen stattfanden. Wenn auch die Unterbrechung der Zulagengewährung nicht vermieden werden konnte, so besteht doch die Gewißheit, daß eine nachträgliche Gewährung für die Zeit der Unterbrechung erfolgt.

Ferner ist die Tatsache der Erinnerung wert, daß vom Saar-Knappschäftsverein an seine Mitglieder über 33 Millionen Franken an Baudarlehen

ausgegeben wurden, zu einem Zinsfuß, wie er sonst bei den Kassen des Saargebietes weder üblich war, noch ist. Der Zinsfuß wurde ab 1. April ds. Js. auf 5 vom Hundert herabgesetzt und der Saar-Knappschäftsverein hat sich mit Rücksicht auf die derzeitige Notlage mit einem Tilgungssatz von 2 Prozent zufrieden gegeben.

Es darf auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften an den

durchgeführten Steuererleichterungen

nicht unschuldig sind. Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und der Sozialabzüge ist durchaus nicht von selbst gekommen. Mit Eingaben und in Besprechungen mit den zuständigen Regierungsstellen unter Mitwirkung der politischen Parteien wurde unablässig gearbeitet, bis der jetzige Zustand erreicht wurde. Vieles bliebe noch zu erwähnen, jedoch für diesmal dürfte diese Aufzählung genügen und wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Mitglieder aus dem häufig leider beobachtenden Schweigen heraustreten, wenn Querstreiber mit dem oben Geschwäg kommen, die Gewerkschaften haben verjagt oder für uns ist ja doch noch kaum etwas erreicht worden.

G. J.

Benutzung von Krankenwagen

Für unser Krankenhaus in Sulzbach ist ein Krankenauto beschafft worden, das zur Einbringung Erkrankter — ausgenommen sind Personen mit ansteckenden Krankheiten — zur Verfügung steht. Wir bitten, den Wagen im Bedarfsfalle telefonisch bei unserer Krankenhausverwaltung in Sulzbach, die beim Amt Sulzbach unter den Nummern 11 und 31 an das Telephonnetz angeschlossen ist, anzufordern.

1. Die Ueberführung von aktiven Vereinsmitgliedern erfolgt gemäß § 32 der Knappschäftsordnung wie bisher kostenlos.

2. In allen andern Fällen ist für die Benutzung des Krankenautos eine Gebühr zu erheben, die sich nach der Anzahl der auf dem Hin- und Rückweg zurückgelegten Kilometer berechnet, wobei auf volle Kilometer nach oben abgerundet wird. Der pro Fahrkilometer in Rechnung zu stellende Satz beträgt bis auf weiteres:

- a) für Berginvaliden 0,50 Fr.
b) für Angehörige, die Anspruch auf Familienkrankenhilfe haben 1,00 Fr.
c) für sonstige Privatkrank- und fremde Kassenmitglieder 2,00 Fr.

Die Verwaltung des Saar-Knappschäftsvereins, ge3. Kredel.

Aufwendungen der Unfallversicherung im Reich im Jahre 1926

Die „Ämtlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamts, Nr. 5 vom 15. Mai 1927, veröffentlichen eine vorläufige Zusammenstellung über die Aufwendungen der Träger der Unfallversicherung im Jahre 1926. Danach verausgabten:

Table with 4 columns: Unfallversicherungsträger, Ausgaben insgesamt Mt., Ausgaben an Entschädigungen Mt., Ausgaben für Verwaltung Mt.
Rows: Die gesamten Träger der Unfallversicherung, Davon entfallen auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften, Auf die Knappschäfts-Berufsgenossenschaft.

Die Knappschäftsberufsgenossenschaft umfaßt die handwerklichen Betriebe. Von den Gesamtausgaben aller Unfallversicherungsträger entfallen auf die Knappschäfts-Berufsgenossenschaft 15,6 Prozent.

Aus der Jugendbewegung Auf zur Tat!

Ein Junemann schreibt: In den letzten Wochen sind dem Gewerkschaftsleben wieder viele Kameraden neu beigetreten. Darunter befinden sich auch junge Kameraden im Alter von 15 bis 20 Jahren. Es freut einen, daß sich endlich auch diese unter die Fahne des Gewerkschaftsvereins scharen haben. Sie könnten einem entgegenhalten, daß ihr geringes Einkommen ihnen das bisher verwehrt habe. Zugegeben, das Einkommen des Saarbergmannes ist gering. Aber, trifft das nicht für alle zu? Und sind nicht doch viele Tausende seit Jahren treue Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation? Was die Kameraden können, müssen alle können. Wenn so viele bisher fremden Kameraden, dann meistens aus Ostpreußen. Es muß den jungen Kameraden, die nun endlich den Weg zu uns gefunden haben, unverblümt gesagt werden, daß die Lage des Saarbergmannes noch viel elender wäre, wenn nicht Tausende der Gewerkschaftsfrage dienlich. Auch das muß gesagt werden, daß es recht erbärmlich ist, von dem mitgezogenen, was andere unter Opfern tun. Die jungen Kameraden müssen sehr auch ihre Ehre und ihren Stolz herein lassen, treue Mitglieder zu werden und mitarbeiten. Das tut uns nur. Und darauf müssen sie halten, daß jeder junge Bergmann, sobald er das Zeichen zum ersten Male durchschneidet, beim Gewerkschaftsmitglied wird.

Lieber Kamerad, du bist nun beim Gewerkschaftsverein organisiert. Da wollen wir in aller Freundschaft einige Fragen miteinander besprechen. Durch deinen Beitritt hast du dir und allen Bergleuten einen guten Dienst erwiesen. „Bereite Kraft, Großes schafft“. Dieser Spruch allein schon ist dir das Gute deiner Tat. Bereinigen wir uns alle in der Organisation, dann wird mit der Zeit manches Missetätige, das uns heute noch unerreichbar erscheint. Wie erging es doch den Gründern unserer Organisation? Als sie ihr Programm bekanntgaben, wurden sie ausgelacht, als sie ihre Arbeit brüderlich, weil es für unüberwindlich gehalten wurde. Sie aber glaubten an die Kraft der Vereinigung und arbeiteten an der Durchführung, mit Opfern, Mut und Ausdauer. Und heute? Die Forderungen der Gründer sind nicht nur verwirklicht, sondern zum guten Teil schon überholt. So geht es auch jetzt und in der Zukunft. Wir müssen nur den Mut zur Tat und den rechten Opfersinn haben. Ist beides gegeben, dann werden wir unserer Organisation immer verbunden bleiben, und somit Wirkungen erzielen.

Noch ein Hinweis: Sieb mal junger Freund, unsere Gegenspieler, die Arbeitgeber, organisieren sich immer stärker. Genau wie die Betriebe sich zu Kartellen, Trusts usw. vereinigen, um ihre Macht zu erhöhen, so schließen sich auch die Arbeitgebervereinigungen immer enger zusammen. Dort also Konzentrierung der Kraft und des Willens zur Verfechtung der Standesinteressen, und auf der Arbeiterseite eine Lockerung und gegenseitige Belämpfung. Das muß aufhören. Von den Arbeitgebern müssen wir lernen. Wir Arbeiter müssen uns auch reiflos organisieren. Abledern und belämpfen müssen wir die Versplitterungsbestrebungen, die von Fried, Gehring, Rasmann und anderen betrieben werden. Wir christlichen jungen Menschen wollen treue Mitglieder des Gewerkschaftsvereins bleiben. Und unseren Vätern, sofern sie Anhänger der Fried'schen Versplitterungsbestrebungen sind, müssen wir zeigen, daß sie damit sich nur ins eigene Fleisch schneiden. Ohne frohlockende und geschlossene Gewerkschaftsbewegung wird der Sozialfortschritt nimmermehr gelingen. Dessen also Sozialforscher mit, die Gewerkschaften zu belämpfen, wie das Heide und Kanjolen tun, dann kämpfen sie nur gegen sich selbst.

noch eine besondere Pflicht: Unser ernstes Streben muß der Heberwindung der weit eingerissenen Laubert und Gleichgültigkeit gelten. Das heutige Geschehen im Wirtschaftskamose ist kein Sonntagsonntagmorgens. Es dreht sich da um Lebens- und Schicksalsfragen der Arbeiterklasse. Wenn sich alle Stände froh zusammenschließen, um mit großer Macht ihre Interessen im Staat und in der Wirtschaft wahrzunehmen, dann dürfen wir nicht mehr länger so dahindriften, wie das bisher geschehen ist. Nicht Sport, Song und Sotol tragen den Arbeiterstand empor, nicht mit diesen Mitteln erreichen wir unser Ziel im Staats- und Wirtschaftsleben, sondern nur durch ernste und nachhaltige Gewerkschaftsarbeit. Hier müssen wir Jungen von höchster Mitarbeit zur Vermehrung des Willens und zur Stärkung der Kraft, damit der Arbeiterstand nicht der Padesel aller übrigen Stände bleibt.

Ein anderer Junemann schreibt: Die Vorgänge vom 8. und 9. August haben doch manchen Gewerkschaftler wieder zum Denken veranlaßt. Mir beispielsweise stien die Frage auf: Ja, sind wir denn eigentlich mündig? Ich fand, daß das Organistsein allein noch kein Beweis für Mündigkeit ist. Es kommt darauf an, wie wir Vordänge selbst zu beurteilen vermögen und wie wir uns ihnen gegenüber selbstständig verhalten. Ich glaube, wenn jeder Organisierte die Vordänge hätte richtig aus eigener Kraft beurteilen können, dann hätte er niemals sich zu solchen Schritten verleiten lassen, wie es tatsächlich geschehen ist. Mancher hat sich so benommen, als ob er wieder in die Fingelohre zurückgefallen sei und wollte nun mit Puzelbäumen die Welt erobern.

So geht es nun einmal nicht. Wir müssen uns in allem mündig erweisen. Diese Mündigkeit müssen wir uns erarbeiten. Die gewissenhafte Teilnahme am gewerkschaftlichen Leben ist dazu eine Voraussetzung. Alle Versammlungen müssen wir besuchen, auch die Konferenzen und Unterrichtskurse, unser Organ müssen wir studieren, die Beiträge pünktlich einreichen, uns an den Wahlen beteiligen und dabei dem Gewerkschaftsverein dienen, der Führung Gehorsam leisten und Disziplin zeigen, das alles ist notwendig, wollen wir gewerkschaftliche Mündigkeit erlangen.

Die Teilnahme am gewerkschaftlichen Leben müßte doch jedem Freude machen. Hier handelt es sich doch nicht um weltfremde, weit abliegende Fragen. Es geht doch um das eigene Wohl und Wehe, um das der Kameraden und des ganzen Standes. In treuer Gemeinschaftsarbeit lassen sich alle die Fragen lösen, wozu die Kraft des einzelnen nicht ausreicht. Also Mitverantwortung für den ganzen Stand übernehmen! Übernahme der Mitverantwortung heißt Opferinn. Der Opferinn muß sich werf in der richtigen Einrichtung der Beiträge äußern. Wer allerdings keinen inneren Anteil am Leben unserer Organisation nimmt, wird an jedem und an allem herumhängeln haben, am meisten an den „hohen“ Beiträgen. Wer das tut, fühlt sich nicht verantwortlich, ist nicht mündig. Wir dürfen nicht bloß Mitleid in unserm Stande sein, sondern auch Mitleidener. So ist jeder verpflichtet, im Gewerkschaftsverein und seiner Jugendbewegung mitzuarbeiten.

Wie es Fehler gibt, die einer am andern nicht dulden darf, sondern mit Liebe und Klugheit bekämpfen muß, so gibt es auch harmlose Fehler, die man mit lächelnder Geduld ertragen soll. Es sind jene Unzulänglichkeiten und Schwächen der Natur, deren Bekämpfung leicht als Lieblosigkeit erscheint und das unbefangene Vertrauen zerstört. Und nur wer selbst Nachsicht übt, darf auch Nachsicht erwarren, und wer bedürfte deren nicht! Sie und da durch die Finger lassen, sie und da ein Auge zudrücken, sie und da etwas überhören, kurz ein wenig Diplomatie ist für jede Ehe gut. Vor allem aber darf keiner verlangen, daß der andere ihm zuliebe auf seine berechtigten Eigenart verzichte.

Aus dem Lothringers Kohlengebiet „Nationalisierung“ auf den lothringischen Gruben

Bereits vor mehreren Wochen wurden in Merlenbach seitens der Grubengesellschaft „Sarre et Moselle“ eine Reihe Arbeiter abgelegt mit der Begründung, sie wären nicht mehr leistungsfähig. Auf den 1. Sept. erfolgten auf den Schächten dieser Gesellschaft weiter etwa 100 Kündigungen. Auf Schacht Simon der De Wendelschen Kohlengruben wurden ebenfalls ca. 90 Arbeiter entlassen. Auf „La Houve“ wurde etwa 25 älteren Bergarbeitern gekündigt.

Diese harten Maßnahmen treffen die Arbeiterschaft in brutaler Weise und werden nicht verschlen, die bereits vorherrschende Erbitterung und Unzufriedenheit in radikaler Weise zu verschärfen. Unter den gekündigten befinden sich langjährige Bergarbeiter, die lediglich deshalb abgelegt werden, weil sie einen Betriebsunfall erlitten, und nicht mehr voll leistungsfähig sind. Ausländische Arbeiter, die vor kurzer Zeit erst unter gleichzeitigen Versprechungen hierhergebracht worden waren, liegen rücksichtslos auf Pflaster. Arbeiter, die kurz vor der Erreichung der Altersgrenze zur Pensionierung stehen, werden entlassen, ohne daß man die kurze Spanne Zeit abwartet, bis zu dem Zeitpunkt, an welchem sie ihre Alterspension erhalten könnten. Arbeiter, die nicht mehr voll leistungsfähig sind, haben ständig zu gewärtigen, den Entlassungszettel in die Hand gedrückt zu erhalten.

Die Entlassenen erwarten das graue Elend. Haben sie Anspruch auf die Knappschaffspension, so sind deren Sätze unzulänglich, daß es unmöglich ist, damit eine Familie durchs Leben bringen zu können. In den wenigsten Fällen ist es dem Betroffenen möglich, anderswo Arbeit zu finden. Tief traurig ist es, daß man ehrliche Familienväter dem Elend überliefert und andererseits fette Pfründe genug übrig hat, um ehemalige Radikalinseln und Maulhelden zu verjagen.

Wirtschaftliche Notwendigkeiten können zur Begründung dieser Maßnahmen wirklich nicht ins Feld geführt werden. Die diesjährigen Gewinnbilanzen von „La Houve“ und „Sarre et Moselle“ weisen nie gelehene Rekordziffern auf. In Kreuzwald und Kosseln werden noch immer Ueberflüssen verfahren, was beweist, daß von einer Krise im Bergbau in ersterem Maßstabe die Rede nicht sein kann. Die brutalen Entlassungen stellen also eine harte, durch nichts gerechtfertigte Willkürmaßnahme der Grubenverwaltung dar.

Bei den letzten Lohnverhandlungen hatte Direktor Brecher erklärt, daß entweder Lohnreduzierung oder Nationalisierung mit Arbeiterentlassung kommen müsse. Nun führt man beides durch. Und beides, ohne daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit hierzu vorliegt! Das einfache Menschlichkeitsgefühl muß sich in jedem aufbäumen, der die enormen Gewinne der Grubengesellschaften konstatiert, und andererseits feststellt, wie in rücksichtsloser Weise nicht mehr voll leistungsfähige Arbeiter auf Pflaster geworfen werden, die ihre Manneskraft in harter, jahrzehntelanger Arbeit auf den Gruben gelassen haben. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.“ Dieser unbarmherzige Wahlspruch wird hier in rüd-

Familie und Heim Harmonie

Wenn zwei miteinander wandern, die einen ungleichen Schritt haben, so gehen sie beide unbequem, denn sie kommen nicht in gleichen Takt, es müßte denn sein, daß sie wie ein Pattinuspaar einander abgestimmt wären, so daß der lange Schritt des einen genau mit zwei kurzen des andern zusammenfiel. Wenn zwei sich unterhalten, die ganz verschiedenen Geistes sind, so werden sie sich kaum verstehen, vielleicht gar Streit bekommen und jedenfalls kein erquickliches Gespräch führen. Die Ehe ist ein Zwiegespräch und ein Zusammenwandern durch das ganze Leben, wenn irgendwo, so ist hier Uebereinstimmung notwendig. Ja, die Ehe soll noch mehr sein, eine Vereinigung für das Leben, eine Seelengemeinschaft. Was sich aber von Natur widerspricht, gibt keine Mischung, wenn man es auch zusammenzwingt. Man mag Wasser und Öl in derselben Gefäß schütten, und noch so lange und noch so oft durcheinander rütteln, sie trennen sich immer wieder und bleiben einander fremd und feind.

Eine gute Ehe fordert zum mindesten Uebereinstimmung in den großen Jügen, in den Ueberzeugungen und Grundfragen, die für die Gestaltung des Lebens maßgebend sind. Wohl mag die Liebe und eine glückliche Harmonie der Temperamente für eine Zeit über einen Zwiespalt in den Grundlagen des Lebens hinweghelfen oder wenigstens hinwegwischen, aber auf die Dauer sind schwere Konflikte, an denen das Lebensglück scheitern muß, nicht zu vermeiden. Auch die Charaktere müssen zusammenpassen; sie mögen wohl verschieden sein, aber dann in einer Weise, daß sie sich nicht feindselig abstößen, sondern friedlich ergänzen. Eine Disharmonie der Charak-

tere, die sich nicht ineinander fügt, führt vielleicht nie zu einer Katastrophe oder zu einem Bruch, aber sie zerreibt die Kräfte und zermürbt die Seele durch einen endlosen Kleinrieg. Damit ist nicht das spähhafte Geplänkel gemeint, das manches Eheleben wie ein prickelndes Gewürz immer neu auffrischt, sondern die bittere Hilloberfläche oder dampfgröhlende Kriegsführung, die kein Behagen aufkommen läßt. Da ist immer schwüle Luft, immer eine latente Spannung, ein stetes auf der Wacht Stehen und im Anschlag bleiben, das auch den unbeteiligten Beobachter in peinliche Aufregung versetzt. Selbst in Kleinigkeiten kann die Uebereinstimmung von großer Bedeutung sein. Es klingt wie ein Scherz, wenn gesagt wird, eine glückliche Ehe sei das gleiche Temperaturbedürfnis vorans, denn wenn der eine einen warmen Ofen liebe und der andere eine kühle Stube, so könnten sie nicht behaglich miteinander leben. Es klingt wie ein Scherz, und doch liegt ein Körnlein Wahrheit darin, denn das Behagen hängt zu einem großen Teile von Kleinigkeiten ab, und da kommen ein paar Grad Celsius schon in Betracht. In solchen Fällen wird der beiderseitige gute Wille wohl eine Mittellinie finden. Kommt aber auch nur auf einer Seite Schroffheit und Rücksichtslosigkeit hinzu, so muß die andere Seite schon eine harte Geduld und eine große Opferwilligkeit oder eine glückliche Anpassungsfähigkeit besitzen, wenn das gute Einvernehmen nicht gestört werden soll.

Ueberhaupt ist die eheliche Harmonie in hohem Grade eine ethische Frage. Liebe und Opfersinn, Nachsicht und Geduld können vieles ausgleichen und ersetzen, und auch die beste Ehe wird ohne Kompromisse nicht auskommen. So gut passen keine zwei Menschen auf der ganzen Welt zusammen, daß sie immer und in allen Stücken einig und gleichen Sinnes sind. Abweichende Meinungen und Wünsche treten in jeder Ehe zu Tage, und auch der beste Mensch hat immer noch etwas an sich, was uniere Nachsicht fordert. Wer verlangen wollte, daß der andere ganz und gar vollkommen sei, müßte auch selber vollkommen sein, und dann würde er es erst recht nicht verlangen.

Was wäre auch damit gewonnen? Harmonie ist nicht Monotonie, nicht Eintönigkeit, sondern Einklang der verschiedenen Töne, wobei eine reiche Fülle und Mannigfaltigkeit walten kann, und gerade in der Mannigfaltigkeit liegt der Reiz. Es gibt Männer, die es nicht ausstehen können, daß die Frau ihre eigene Meinung oder ihren eigenen Geschmack hat, die nicht ruhen wollen, die sie durch eine geistige Tyrannei alles unterdrückt haben, was von ihrem eigenen Denken und Fühlen abweicht. Die Frau soll wie weiches Wachs in ihren Händen sein, das sich formen läßt nach Wunsch und Willen, sie soll keine innere Selbstständigkeit und Persönlichkeit besitzen, sondern nur ein Echo sein vom Wesen des Mannes. Das ist eine Brutalität, die nicht schlimmer sein kann. Uebererleits gibt es Frauen, die sich freiwillig ihrer selbst völlig begeben und wie in fester Anbetung demütern zu ihrem Manne aufschauen, jedes seiner Worte wie ein Evangelium verehrend und jede Tat mit höchstem Liebe verähernd. Auch das ist keine Harmonie, sondern eine öde Monotonie, in der nur die geistige Nichtigkeit eines eiflen Mannes sich gelassen kann. Die echte Harmonie steht nicht hart auf einem Ton, sondern weht hin und her im holden Widerspiel der Kräfte, sie freut sich der Mannigfaltigkeit, weil sie das Viele in ihrer Eintönigkeit zu binden versteht.

„Aus „Ein Familienbuch“ von Augustin Wibbelt.

schloslos erzielt kapitalistischer Gesinnungsart in die Tat umgesetzt.

Die Revierleitung des Unabhängigen Bergarbeiter-Verbandes wurde gleich nach den ersten Entlassungen auf der Direktion von „Sarre et Moselle“ vorstellig. Man war jedoch in keiner Weise zum Nachgeben bereit, obwohl an Hand einer Reihe von Einzelfällen die Ungerechtigkeiten und Rücksichtslosigkeit der getroffenen Maßnahme einwandfrei bewiesen wurde.

Unter der Arbeiterschaft hat diese Haltung des Gruben-Unternehmens tiefe Erbitterung ausgelöst, und dies mit Fug und Recht! Es wird Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen sein, mit aller Entschiedenheit gegen die Rücksichtslosigkeit der Grubenbesitzer zu protestieren und anzukämpfen.

Der Unabhängige Bergarbeiterverband wird mit aller Entschiedenheit gegen diese Maßnahmen der löchringischen Grubenunternehmer ankämpfen.

„Der Unabhängige Gewerkschaftler“

Erbitterter Lohnkampf im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet

Im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet sind die Arbeiter dabei, die Kündigungsscheine zu unterschreiben. Die Ursache ist die hartnäckige Weigerung der Bergbauunternehmer, auch nur einen Pfennig Lohn-erhöhung zu bewilligen.

Der gesamte mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hat in der Nachkriegszeit eine große Ausdehnung genommen. In den ost- und westfälischen Bezirken wurden im Jahre 1915 64 481 000 Tonnen gefördert, im Jahre 1926 96 429 000 Tonnen.

Ueber die Belegschaftszahl und die Lohnbildung orientiert die Beilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 21 (1927). Danach betrug die Zahl der Vollarbeiter im ersten Vierteljahr 1927:

Table with 2 columns: Region and Number of workers. Includes Oberbergamtsbezirk Halle (43 228), im Freistaat Sachsen (6 720), in Braunschweig (2 895), in Thüringen (5 428), and a total of 57 511.

Der Durchschnittslohn aller Vollarbeiter (Barverdienst einschließlich der Versicherungsbeiträge der Arbeiter) betrug im ersten Vierteljahr 1927:

Table with 2 columns: Region and Average wage. Includes Oberbergamtsbezirk Halle (recthoelbischer Braunkohlenbergbau 5.91 M., linkselbischer Braunkohlenbergbau 6.36 M., Sachsen 6.74 M., Braunschweig 6.44 M., Thüringen 6.36 M.).

Die eingekammerten Zahlen stellen den Betrag dar, der als Beitrag zur Sozialversicherung von dem danebenstehenden Lohne in Abzug kommt.

Im rheinischen Braunkohlenggebiet, das wir zum Vergleich zwecks Würdigung des Lohnverhältnisses im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet heranziehen, betrug der Durchschnittslohn aller Vollarbeiter im ersten Vierteljahr 1927 7.58 M., wovon 0.93 M. Versicherungsbeitrag abgingen.

Die Lohnbildung im rheinischen Braunkohlenggebiet und in Mitteldeutschland zwingt zu einigen lehrreichen Betrachtungen. In Mitteldeutschland strömten die Arbeitermassen während der Revolution fast restlos den freien Gewerkschaften zu.

Der neue englische Bergarbeiterverband

Ueber die Neugründung eines Bergarbeiterverbandes in England haben wir bereits in Nr. 25 berichtet. Wie nun im „Vorwärts“ vom 9. Juli 1927 zu lesen war, gehören dem neuen Verbande bereits 60 000 bis 70 000 zahlende Mitglieder an.

Die Bewegung habe sich zum Ziele gesetzt, zu der Gewerkschaftspolitik zurückzugelangen, die vor der kommunistischen Invasions geherrschte. Unabhängige Bergarbeitervereine hätten sich an vielen Orten spontan gebildet, weil eben viele Arbeiter mit der extremen Politik der alten Bergarbeitergewerkschaft nicht mehr einverstanden seien.

Der Führer der Seelente, Havelock Wilson, hieß ebenfalls die Organisation willkommen. Sie würden Schwierigkeiten finden, aber er glaube, sie würden den Schritt, den sie gemacht, nicht zu bereuen haben.

Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluß die Gründung des neuen Bergarbeiterverbandes auf die Entwicklung des unter Leitung des Kommunisten Coof völlig ins radikale Fahrwasser geratenen alten Bergarbeiterverbandes ausüben wird.

Die Kohlenvorräte der europäischen Länder, unter Berücksichtigung der Grenzveränderungen nach dem Kriege.

Table with 6 columns: Country, Coal reserves (Million tons), and Anthracite reserves (Million tons). Lists countries like Deutsches Reich, Frankreich, Belgien, etc.

1) Nach neueren Schätzungen werden die gewinnbaren Braunkohlenvorräte Deutschlands auf rund 20 Milliarden Tonnen beziffert.

2) Eine Tonne Braunkohle = 0,402 Tonnen Steinkohle

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Inspektion II, Grube Viktoria. In Nummer 37 war eine Notiz enthalten, die sich mit den Verlegungsmassnahmen beschäftigt, von denen ein Teil kollektiver Vergleute in unliebsamer Weise betroffen wurde.

„Wehr ist, daß Kameraden aus dem Kollektiv von Grube Hülberg nach Püttlingen verlegt wurden. Wir haben auch ein volles Verständnis dafür, daß diese Kameraden Ueber auf den ihnen am nächsten liegenden Gruben beschäftigt wären.“

Was die Bemerkungen des Steigers angehen, so muß die Auseinandersetzung mit diesem erfolgen. Die Püttlinger Kameraden fühlen sich nicht belästigt.

Kocher. Unsere Zeitschrift hat durch den Tod des Kameraden Kaspar Hoag einen herben Verlust erlitten. Immer war er eifrig für unsere Sache tätig.

Zurücknahme. Die Zusicherungen, die ich gegen den Kameraden Albert Spaniol getan habe, er wäre „Saarhändler“, nehme ich mit Bedauern zurück.

Bekanntmachungen

Rucksack veräußert.

Dem Kameraden Alois Bernarding aus Umbach, Kreis Saarland, wurde am Samstag, den 10. September, im letzten Arbeiterzug der Frühlingsfeier sein Rucksack mit Arbeitskleider veräußert.

Der 39. Wochenbeitrag (Woche vom 18. bis 24. September) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Kiefer. Verl. des Gewerkschaftsvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag H. G.